



ÜBERSETZUNG

STAATSRAT

Gesetzgebungsabteilung

Gutachten 75.735/16
vom 15. Mai 2024

über

einen Gesetzesvorentwurf und einen Dekretvorentwurf der
Deutschsprachigen Gemeinschaft, zur Billigung des
Zusammenarbeitsabkommens zwischen dem Föderalstaat und
der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Begleitung und
Behandlung von Sexualstraftätern‘

Am 27. Februar 2024 wurde der Staatsrat, Gesetzgebungsabteilung, von dem Vize-Ministerpräsidenten, Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen, von dem Ministerpräsidenten, Minister für lokale Behörden und Finanzen und von dem Vizepremierminister und Minister der Justiz und der Nordsee darum gebeten, innerhalb einer Frist von dreißig Tagen ein Gutachten über einen Gesetzesvorentwurf und einen Dekretvorentwurf der Deutschsprachigen Gemeinschaft ‚zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen dem Föderalstaat und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Begleitung und Behandlung von Sexualstraftätern‘ abzugeben.

Der Vorentwurf wurde von der sechzehnten Kammer am 2. April 2024 untersucht. Die Kammer setzte sich zusammen aus Pierre LEFRANC, stellvertretender Kammerpräsident, Toon MOONEN und Annelies D’ESPALLIER, Staatsräte, und Eline YOSHIMI, Greffier.

Der Bericht wurde von Peter SCHOLLEN, beigeordneter Auditor, vorgelegt.

Das Gutachten, dessen Wortlaut nachstehend wiedergegeben ist, wurde am 15. Mai 2024 abgegeben.

*

1. Unter Anwendung von Artikel 84 § 3 Absatz 1 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat hat sich die Gesetzgebungsabteilung hauptsächlich darauf konzentriert, die Befugnis der erlassenden Organe, die Rechtsgrundlage¹ sowie die Frage, ob die vorgeschriebenen Formvorschriften eingehalten worden sind, zu untersuchen.

*

TRAGWEITE DES VORENTWURFS

2. Die zur Begutachtung vorgelegten Gesetzes- und Dekretvorentwürfe der Deutschsprachigen Gemeinschaft zielen darauf ab, einem Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat und der Deutschsprachigen Gemeinschaft ‚über die Begleitung und Behandlung von Sexualstraftätern‘ zuzustimmen.

Wie eine Reihe anderer Zusammenarbeitsabkommen in diesem Bereich² zielt das entworfene Zusammenarbeitsabkommen darauf ab, die Zusammenarbeit der verschiedenen betroffenen Behörden im Bereich der Begleitung und der psychologischen und sozialen Behandlung von Tätern und Verdächtigen von Sexualstraftaten (nachstehend: Sexualstraftäter) im Rahmen verschiedener gesetzlicher Regelungen zu regeln, die die Begleitung dieser Zielgruppe in einem juristischen Rahmen bezwecken (siehe Artikel 2 des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens). Zu diesem Zweck wird die Einrichtung von zwei Arten spezialisierter Teams vorgesehen, die für die Begleitung und Behandlung von Sexualstraftätern zuständig sind. Dabei handelt es sich insbesondere um ‚psychosoziale Teams‘, die im geschlossenen Rahmen der Strafanstalten und der Einrichtungen und Abteilungen zum Schutz der Gesellschaft arbeiten, sowie um ‚Begleiteams für Sexualstraftäter‘³, die externe Teams sind, die auf die ambulante Behandlung und Begleitung außerhalb der Strafanstalt spezialisiert sind. Die psychosozialen Teams werden vom Justizminister in den föderalen Einrichtungen eingerichtet (siehe Artikel 3 des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens), während die Begleiteams für Sexualstraftäter für einige Aufgaben vom Justizminister und für einige andere Aufgaben vom Minister für Gesundheit der Deutschsprachigen Gemeinschaft finanziert werden (siehe Artikel 5 des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens). Außerdem wird vorgesehen, dass der Justizminister einen ‚Experten‘ finanziert, der unter anderem die Begleiteams für Sexualstraftäter unterstützt, für diese Teams wissenschaftliche Informationen bereitstellt und sich an der Organisation spezieller Schulungen zugunsten von und in Absprache mit diesen Teams beteiligt (siehe Artikel 4 des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens), und wird den Justizassistenten

¹ Da es sich um einen Gesetzesvorentwurf und um einen Dekretvorentwurf handelt, wird unter „Rechtsgrundlage“ die Übereinstimmung mit den höheren Rechtsnormen verstanden.

² Siehe die Zusammenarbeitsabkommen vom 8. Oktober 1998 zwischen dem Föderalstaat und der Wallonischen Region, vom 8. Oktober 1998 zwischen dem Föderalstaat und der Flämischen Gemeinschaft und vom 13. April 1999 zwischen dem Föderalstaat, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Französischen Gemeinschaftskommission, jeweils ‚über die Begleitung und Behandlung von Sexualstraftätern‘. Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist dem Zusammenarbeitsabkommen mit der Wallonischen Region beigetreten und fügte zwei Zentren für psychische Gesundheit in dem wallonischen Netz der Begleitungs- und Behandlungszentren hinzu (siehe *Parl. Dok.*, Senat, 1998-99, Nr. 1-1166/2, S. 24).

³ Siehe jedoch Bemerkung 12, aus der hervorgeht, dass nur ein solches Team gebildet wird.

eine entscheidende Rolle bei der Begleitung der einzelnen Sexualstraftäter und als Informationsdrehscheibe zwischen allen an der Begleitung oder Behandlung beteiligten Diensten und gerichtlichen Behörden zugewiesen (siehe Artikel 6 des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens).

ZUSTÄNDIGKEIT

3. Laut Artikel 92bis § 1 Absatz 1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 ‚zur Reform der Institutionen‘ können der Staat, die Gemeinschaften und die Regionen Zusammenarbeitsabkommen abschließen, die sich insbesondere auf die gemeinsame Gründung und Verwaltung gemeinschaftlicher Dienststellen und Einrichtungen, auf die gemeinsame Ausübung eigener Befugnisse oder auf die gemeinschaftliche Entwicklung von Initiativen beziehen.

Zusammenarbeitsabkommen sind als Ergänzung des Grundsatzes der ausschließlichen Zuständigkeiten des Staates, der Gemeinschaften und der Regionen gedacht. Damit wird beabsichtigt, eine Lösung für die Schwierigkeit zu finden, die darin besteht, in einem System mit ausschließlichen Zuständigkeiten eine gemeinsame Politik zu entwickeln⁴. Entscheidend ist, dass Zuständigkeiten gemeinsam ausgeübt werden, was voraussetzt, dass jede Partei, die am Zusammenarbeitsabkommen oder einem Teil davon beteiligt ist, ihren Beitrag leistet. Obwohl jede Form der Zusammenarbeit unweigerlich eine Einschränkung der Autonomie der betreffenden Behörden darstellt, darf der Abschluss eines Zusammenarbeitsabkommens gemäß o.a. Artikel 92bis nicht einen Austausch, eine Abtretung oder eine Rückgabe von Zuständigkeiten zur Folge haben⁵.

Zu berücksichtigen ist auch der Finanzföderalismus, der eines der Grundprinzipien der belgischen Staatsreform ist und der beinhaltet, dass die Zuständigkeit der Föderalbehörde, der Gemeinschaften und der Regionen, im Rahmen ihrer öffentlichen Politik oder in Form von Subventionen für öffentliche oder privatrechtliche Einrichtungen Ausgaben zu machen, von der

⁴ *Parl. Dok.*, Senat, 1988, Nr. 405/2, S. 47.

⁵ Verfassungsgerichtshof, 3. März 1994, Nr. 17/1994, B.5.3; Verfassungsgerichtshof, 8. Mai 2014, Nr. 73/2014, B.15.2; Verfassungsgerichtshof, 3. Dezember 2015, Nr. 171/2015, B.12. Siehe auch Verfassungsgerichtshof, 23. Juni 2011, Nr. 112/2011, B.3.2, und die ständige Begutachtungspraxis des Staatsrates, u.a. das Gutachten des Staatsrates 45.614/AV vom 13. Januar 2009 über einen Vorentwurf, der zum Dekret der Flämischen Region vom 11. Dezember 2009 ‚houdende instemming met het samenwerkingsakkoord [van 28 mei 2009] tussen het Brussels Hoofdstedelijke Gewest, het Vlaamse Gewest en het Waalse Gewest met betrekking tot de implementatie van de bedrijfstoelageregeling‘ geworden ist, Bemerkung 2.2.2; Gutachten des Staatsrates 52.324/AV/4-52.325/AV/4 vom 4. und 14. Januar 2013 über einen Vorentwurf, der zum Dekret der Wallonischen Region vom 11. April 2014 ‚portant assentiment à l'accord de coopération conclu le 21 novembre 2013 entre la Région wallonne et la Communauté française relatif aux articles 42 et 44 de la Convention internationale des droits de l'enfant‘ geworden ist, Bemerkung 3; Gutachten des Staatsrates 61.302/VR vom 18. Mai 2017 über einen Vorentwurf, der zum Dekret der Flämischen Region vom 1. Dezember 2017 ‚houdende instemming met het Samenwerkingsakkoord van 17 juli 2017 tussen het Vlaamse Gewest, het Waalse Gewest, het Brussels Hoofdstedelijke Gewest en de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot de erkende plaatselijke geloofsgemeenschappen van de erkende erediensten, waarvan het grondgebied meer dan één deelstaat bestrijkt‘ geworden ist, Bemerkung 4.1; Gutachten des Staatsrates 63.949/VR/V vom 31. Juli 2018 über einen Vorentwurf einer Ordonnanz des Vereinigten Kollegiums der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission ‚houdende instemming met het Samenwerkingsakkoord van 20 november 2017 tussen de federale, gewestelijke en gemeenschapsoverheden voor het coördineren van de gegevensverwerking in het gezondheidsbeleid en de bijstand aan personen‘, Bemerkung 4.4.

materiellen Zuständigkeit abhängt, für die diese Geldmittel bestimmt sind, vorbehaltlich etwaiger Ausnahmen, die in der Verfassung oder in einem mit besonderer Mehrheit verabschiedeten Gesetz vorgesehen sind ⁶.

4. Gegen den Abschluss asymmetrischer Zusammenarbeitsabkommen oder das Eingehen asymmetrischer Zusammenarbeit ist grundsätzlich nichts einzuwenden ⁷. Daher ist es aus Sicht der Regeln für die Verteilung der Zuständigkeiten an sich nicht zu beanstanden, dass nur der Föderalstaat und die Deutschsprachige Gemeinschaft an dem vorliegenden Zusammenarbeitsabkommen beteiligt sind.

Der Föderalstaat muss jedoch bei der Ausarbeitung der Zusammenarbeit den Verfassungsgrundsätzen der Gleichheit und der föderalen Loyalität Rechnung tragen. Das bedeutet, dass der Föderalstaat die drei Gemeinschaften (sowie die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission, da es sich um ihnen übertragene Gemeinschaftszuständigkeiten handelt) im Rahmen der Zusammenarbeit so behandeln muss, dass die Abstimmung auf die Politik des Föderalstaates den Institutionen, die jedem Teilstaat unterstehen, und folglich den Personen, in deren Dienst diese Einrichtungen stehen, zugutekommen kann. Der Föderalstaat muss daher alle Anstrengungen unternehmen, um eine Zusammenarbeit mit den verschiedenen dafür zuständigen Behörden zu erreichen, mit dem Ziel, dass die Personen nicht oder so wenig wie möglich aufgrund einer Asymmetrie in der eingegangenen Zusammenarbeit unterschiedlich behandelt werden ⁸.

In diesem Zusammenhang ist es von Bedeutung, dass auch die Aktualisierung der bestehenden Zusammenarbeitsabkommen zur Problematik der Sexualstraftäter derzeit vorbereitet wird, was unter anderem in den Gesetzes- und Dekretvorentwürfen ‚houdende [instemming met] het [samenwerkingsakkoord] tussen de Federale Staat, de Franse Gemeenschap en [het] Waalse

⁶ Siehe das Gutachten des Staatsrates 26.248/1 vom 1. April 1997 über einen Vorentwurf, der zum Gesetz vom 18. Juli 1997 ‚tot instelling van een programma voor de terbeschikkingstelling van wetenschappelijke onderzoekers ten bate van de universitaire onderwijsinstellingen en de Federale wetenschappelijke instellingen‘ geworden ist, Bemerkung 2.1; Gutachten des Staatsrates 47.354/1/3 vom 29. Oktober 2009 über einen Vorentwurf, der zum Dekret vom 18. Dezember 2009 ‚houdende bepalingen tot begeleiding van de begroting 2010‘ geworden ist, S. 16; Gutachten des Staatsrates 50.972/3 vom 23. Februar 2012 über einen Entwurf eines Erlasses, der zum Erlass der Flämischen Regierung vom 2. März 2012 ‚tot wijziging van het Energiebesluit van 19 november 2010, wat betreft de vaststelling van een rentesubsidie voor de leningen toegestaan aan de Lokale Entiteiten die een overeenkomst hebben gesloten met het Fonds ter reductie van de globale energiekost‘ geworden ist, Fußnote 5.

⁷ Gutachten des Staatsrates 61.026/VR vom 5. April 2017 über einen Vorentwurf, der zum Gesetz vom 30. Juni 2017 ‚houdende instemming met het samenwerkingsakkoord tussen de Federale Overheid, het Waalse Gewest en het Brussels Hoofdstedelijk Gewest met betrekking tot het beheer van de dienst voor de regularisatie van gewestelijke belastingen en niet uitsplitsbare fiscaal verjaarde kapitalen en de oprichting van een regularisatiesysteem van niet uitsplitsbare fiscaal verjaarde kapitalen en het samenwerkingsakkoord tussen de Federale Overheid en het Vlaamse Gewest met betrekking tot de regularisatie van niet uitsplitsbare bedragen‘ geworden ist.

⁸ Siehe in demselben Sinne das Gutachten des Staatsrates 73.972/VR vom 28. September 2023 über einen Vorentwurf, der zum gemeinsamen Dekret und Ordonnanz der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Französischen Gemeinschaftskommission vom 22. Dezember 2023 ‚betreffende de organisatie van de ambulante sector en de eerste lijn voor welzijn en gezondheid in het tweetalige gebied Brussel-Hoofdstad‘ geworden ist und das Gutachten des Staatsrates 68.632/1 vom 29. Januar 2021 über einen Vorentwurf, der zur Ordonnanz der Region Brüssel-Hauptstadt vom 2. Dezember 2021 ‚houdende instemming met het samenwerkingsakkoord van 24 juni 2021 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Vlaams Gewest en het Brussels Hoofdstedelijk Gewest over de afstemming van het arbeidsmarktbeleid, opleiding, vorming en de bevordering van de mobiliteit van werkzoekenden‘ geworden ist.

Gewest inzake de begeleiding en behandeling van daders van seksueel misbruik', über die der Staatsrat, Gesetzgebungsabteilung, am 1. März 2024 das Gutachten 75.409/VR abgegeben hat, zum Ausdruck kommt.

5.1. Im Anschluss an eine Nichtigkeitsklage gegen die Zustimmungsakten zu den Zusammenarbeitsabkommen, die der Föderalstaat am 8. Oktober 1998 bezüglich der Problematik der Sexualstraftäter mit der Wallonischen Region und mit der Flämischen Gemeinschaft abgeschlossen hat, hat der Verfassungsgerichtshof über die Zuständigkeitsverteilung in diesem Zusammenhang wie folgt entschieden:

„B.3.4. Bei der Prüfung des Inhalts der eigentlichen Zusammenarbeitsabkommen (B.1.2 und B.1.3) stellt sich heraus, dass die eingeführte Politik der Zusammenarbeit keinesfalls auf Seiten der Föderalbehörde bedeutet, dass sie ihre ausschließliche Zuständigkeit im strafrechtlichen Bereich, im Bereich der Sexualtaten oder im Bereich der Vollstreckung von Strafen aufgeben würde. Diese Abkommen ändern in der Tat nichts an der Zuständigkeit der Föderalbehörde für die Definition der Gesetzesverstöße oder Strafen in Bezug auf sexuellen Missbrauch und auch nichts an ihrer Zuständigkeit für die bedingte Haftentlassung von Inhaftierten oder auf dem Gebiet des Schutzes der Gesellschaft vor anormalen Personen oder Gewohnheitstätern. Die durch die angefochtenen Abkommen in Justizvollzugsanstalten und den Einrichtungen oder Abteilungen zum Schutz der Gesellschaft eingesetzten spezialisierten psycho-sozialen Teams unterstehen nämlich weiterhin der ausschließlichen Zuständigkeit des Justizministers. Die Unterstützungszentren oder spezialisierten Teams, die der Aufsicht der für Gesundheit oder Personenhilfe zuständigen flämischen Minister unterstehen, und die spezialisierten Gesundheitsteams, die der Aufsicht des wallonischen Gesundheitsministers unterstehen, können nur die Betreuung oder Behandlung von Sexualtätern außerhalb der Justizvollzugsanstalten übernehmen oder gegebenenfalls eine Stellungnahme zur Diagnose und zu den Behandlungsmöglichkeiten von inhaftierten Sexualtätern oder solchen, die Gegenstand einer Maßnahme zum Schutz der Gesellschaft sind, abgeben. In diesem Fall müssen sie die Befugnisse der spezialisierten psycho-sozialen Teams der Justizvollzugsanstalten und der Einrichtungen zum Schutz der Gesellschaft beachten (Artikel 9 1° der beiden Zusammenarbeitsabkommen).

B.3.5. Aus den vorstehenden Darlegungen ergibt sich, dass die Föderalbehörde im Gegensatz zu den Darlegungen der klagenden Partei ihre ausschließliche Zuständigkeit für den Bereich des Strafvollzugs oder für den Bereich des Strafrechts nicht aufgegeben hat. Die Zusammenarbeitsabkommen dienen lediglich dazu, gemäß dem obengenannten Artikel 92bis § 1 Absatz 1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 eine koordinierte Politik auszuführen zur Behandlung, Betreuung und Begleitung von Sexualtätern, wobei diese Politik hinsichtlich des Strafrechtes ausschließlich in die Zuständigkeit des Föderalstaates fällt und vorbehaltlich dessen, was im zweiten Klagegrund geprüft wird, teilweise zu den eigenen Zuständigkeiten gehört, die den Gemeinschaften im Bereich der Gesundheitspolitik und der Personenhilfe übertragen wurden, insbesondere durch Artikel 5 § 1 I Nr. 1 und II Nr. 2 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen. Daraus ergibt sich, dass nicht gegen die Artikel 39, 127, 128 und 134 der Verfassung verstoßen wurde. Insofern der Klagegrund aus dem Verstoß gegen Artikel 35 der Verfassung abgeleitet wurde, ist er nicht annehmbar, da diese Bestimmung nicht in Kraft getreten ist.

[...]

B.5.3. Artikel 7 des Zusammenarbeitsabkommens zwischen dem Föderalstaat und der Wallonischen Region beauftragt den wallonischen Gesundheitsminister, ein Netz von spezialisierten Gesundheitsteams anzuerkennen, die wenigstens den in Artikel 8

festgelegten Kriterien entsprechen. Sowohl aus der Bezeichnung dieser Teams als auch aus ihren Aufgaben geht hervor, dass es sich nicht um die Sozialhilfe für Häftlinge im Hinblick auf ihre soziale Wiedereingliederung handelt, die in Artikel 5 § 1 II Nr. 7 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 vorgesehen ist, sondern um eine Form von Pflegeleistungen, die im Rahmen von Artikel 5 § 1 I Nr. 1 des obengenannten Sondergesetzes erbracht werden können, und - vorausgesetzt, die in den Abkommen vorgesehene Betreuung geht über die medizinischen Aspekte hinaus – um eine Form der Hilfe für Personen in einer Bedarfslage, die im Rahmen von Artikel 5 § 1 II Nr. 2 desselben Sondergesetzes erteilt werden kann. Folglich handelt es sich um einen Sachbereich, der in bezug auf das französische Sprachgebiet in Anwendung von Artikel 3 des Dekrets II vom 22. Juli 1993 der Wallonischen Region übertragen worden ist.“⁹

5.2. Es stellt sich die Frage, ob Artikel 5 Absatz 1 Nr. 1 des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens, in dem bestimmt wird, dass der Justizminister sich zur Finanzierung der Begleiteams für Sexualstraftäter verpflichtet, um unter Beachtung der Zuständigkeiten der psychosozialen Teams der Strafanstalten und der Gesellschaftsschutzeinrichtungen, auf Antrag einer zuständigen Behörde Gutachten zu erstellen, mit den oben genannten Grundsätzen in Einklang steht¹⁰. Tatsächlich ist es angesichts des Grundsatzes des Finanzföderalismus nicht Sache des Föderalstaates, eine Aufgabe zu finanzieren, die in die Zuständigkeit der Gemeinschaften fällt. Um Erläuterungen gebeten, antworteten die Beauftragten:

„De adviezen worden meestal opgesteld op bevel van een rechter. Het is dus een federaal onderzoek dat moet worden uitgevoerd door een Gemeenschap/Gewest in de juiste taal.

In de Duitstalige Gemeenschap dient nog steeds als rechtsgrondslag *het koninklijk besluit van 20 maart 1975 betreffende de erkenning en de subsidiëring van de diensten voor geestelijke gezondheidszorg*. Het team voor opvolging van DSM's is dus bevoegd om bepaalde gezondheidsbevoegdheden uit te voeren, zoals het opstellen van adviezen, maar de taak blijft een federale verantwoordelijkheid.

Betrekkelijk de adviesverstrekking is er dus geen vermenging van de bevoegdheden. De Duitstalige Gemeenschap zorgt ervoor dat adviezen in het Duits worden opgesteld en de federale overheid subsidieert deze taak.

Gezien de kleine omvang van de Duitstalige Gemeenschap is er slechts één structuur voor evaluatie en begeleiding. Maar er blijft een duidelijke scheiding tussen de verantwoordelijkheden van de federale overheid en de Duitstalige Gemeenschap. De adviesverstrekking in de Duitstalige Gemeenschap is dus vergelijkbaar met de taken van de walse UPPL (*Unité de Psychopathologie Légale*), het steuncentrum dat financieel wordt ondersteund door de federale overheid. Er is geen dergelijk steuncentrum in de Duitstalige Gemeenschap, maar wel een centrum voor behandeling en therapie genaamd 'BTZ', dat het team ter beschikking stelt.

⁹ Siehe Verfassungsgerichtshof, 13. Juli 2001, Nr. 101/2001.

¹⁰ In Artikel 9, 1°, der Zusammenarbeitsabkommen vom 8. Oktober 1998 wird diese Aufgabe den Gemeinschaftsteams zugewiesen, wie es in Artikel 5, Rubrik 'Taken van de gespecialiseerde gezondheidsteams', Nr. 1 des oben angeführten entworfenen neuen Zusammenarbeitsabkommens zwischen dem Föderalstaat, der Französischen Gemeinschaft und der Wallonischen Region der Fall ist.

Als suggestie kan artikel 5 in tweeën worden gesplitst, zodat de verantwoordelijkheden en financiering van de federale overheid en de Duitstalige Gemeenschap duidelijker worden gescheiden.“

Diese Antwort kann nicht überzeugen. Wie von den Beauftragten angegeben wird, treten die Begleiteams für Sexualstraftäter bei der Erstellung eines Gutachtens im Sinne von Artikel 5 Absatz 1 Nr. 1 des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens im Rahmen der Zuständigkeiten der Gemeinschaften auf. Die Aufgabe der Erstellung eines Gutachtens durch diese Teams sollte daher von der Deutschsprachigen Gemeinschaft finanziert werden.

5.3. Die gleiche Schlussfolgerung drängt sich für die Finanzierung der in Artikel 5 Absatz 1 Nr. 4 des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens erwähnten Aufgabe auf, die in der Erstellung einer Diagnose und Durchführung einer Behandlung besteht (siehe Bemerkung 16).

6. In Artikel 4 des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens verpflichtet der Justizminister sich zur Finanzierung von einem Experten, die mit einer Reihe von Aufgaben betraut wird, unter denen die Unterstützung der Justizassistenten¹¹. Fraglich ist, ob dieser Experte nicht als eine Instanz betrachtet werden muss, die Aufgaben im Zusammenhang mit sowohl föderalen als auch gemeinschaftlichen Zuständigkeiten ausübt, so dass sich eine Mischfinanzierung aufdrängt¹². Auf die Frage, wie die Finanzierung des Experten erfolgen wird, antworteten die Beauftragten:

„De deskundige zal alleen taken op zich nemen die onder de verantwoordelijkheid van de federale overheid vallen (artikel 5, eerste lid).

Een voorbeeld: Een gerechtelijk bevel vereist een advies over een vermoedelijke DSM. Het BTZ resp. Het team voor de opvolging van DSM's krijgt deze opdracht, maar het moet doorverwijzen naar een externe deskundige, aangezien de expertise voor adviesverstrekking niet binnen het team ligt. De deskundige stuurt dan een factuur naar het team, dat ze doorstuurt naar de FOD. De arbeidsrelatie tussen het BTZ en de deskundige wordt gedetailleerd beschreven in een contract.“

Auf die Frage nach der Unterstützung, die der Experte den Justizassistenten bieten würde, fügten die Beauftragten Folgendes hinzu:

„Dans l'accord qui nous concerne ici, il me semble que la seule mention qui reste est dans l'article 4 et concerne la mise à disposition d'informations (ces centres bénéficiant régulièrement d'une bibliothèque avec revues et ouvrages scientifiques, des présentations effectuées en colloque etc etc). Il nous semblait que cette mention de mise à disposition pouvait être maintenue car elle n'implique aucun coût spécifique.

¹¹ Im Gegensatz zum niederländischen und französischen Text des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens werden die Justizassistenten im deutschen Text nicht nur in Nr. 2, sondern auch in Nr. 3 von Artikel 4 erwähnt. Die Beauftragten bestätigten, dass es sich hierbei um einen Fehler handelt und dass die Erwähnung der Justizassistenten in Artikel 4 Nr. 3 des deutschen Textes ausgelassen wird.

¹² Siehe zu dieser Frage im entworfenen neuen Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat, der Französischen Gemeinschaft und der Wallonischen Region, das Gutachten des Staatsrates 75.409/VR vom 1. März 2024, Bemerkung 2 im Teil ‚Bevoegdheid‘.

Mais afin d'être clair et de bien séparer les missions de chacun, cette mention aux assistants de Justice pourrait être supprimée.“

Während die Aufgabe der Bereitstellung von wissenschaftlichen Informationen für die Justizassistenten tatsächlich ausfallen kann, bezieht sich die von dem Experten in dem von den Beauftragten aufgeführten Beispiel gebotene Unterstützung offenbar auf die Beratungsaufgabe der Begleiteams für Sexualstraftäter, von der oben festgestellt wurde, dass sie zu den Gemeinschaftszuständigkeiten gehört und sogar vollständig an dem Experten übertragen werden könnte.

Da die Behandlung außerhalb der Strafanstalt zu den Zuständigkeiten der Gemeinschaften gehört, kann dem Standpunkt der Beauftragten, dass der Experte nur in der Durchführung von föderalen Zuständigkeiten auftritt, nicht gefolgt werden. Die Verfasser des Zusammenarbeitsabkommens müssen daher den Auftrag des Experten einer ergänzenden Untersuchung unterwerfen und ihn so abgrenzen, dass er nicht in die Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingreift.

7. Auf die Frage, wie die durch die Föderalbehörde als Übergangsmaßnahme in Artikel 10 § 2 des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens aufgenommenen finanziellen Verpflichtungen im Lichte des Finanzföderalismus zu rechtfertigen sind, antworteten die Beauftragten wie folgt:

„Op dit moment is er noch een structuur, noch de nodige logistiek of materiaal om de taken van dit samenwerkingsakkoord te kunnen garanderen, in het bijzonder de adviesverstrekking. Maar deze bestaan al in de andere gemeenschappen/gewesten.

Het is dan ook aan de FOD om ervoor te zorgen dat deze expertise zo snel mogelijk wordt opgebouwd in de Duitstalige Gemeenschap. Anders kunnen deze taken niet gegarandeerd worden.

Het is dus geen schending van het financieel federalisme als de overgangsregeling dient om de basiscapaciteit van het BTZ op te bouwen om de taken van de FOD gedeeltelijk te kunnen garanderen.“

In Artikel 5 Absatz 1 Nrn. 3 und 5 der Zusammenarbeitsabkommen von 1998¹³ wurde die an den spezialisierten Teams geleistete logistische Unterstützung für Diagnose und Behandlung bzw. die Beteiligung an der Organisation spezieller Schulungen zugunsten und in Absprache mit den spezialisierten Teams als Aufgaben der vom Justizminister einzurichtenden und zu finanzierenden Unterstützungszentren erwähnt. Aus der Antwort der Beauftragten kann außerdem abgeleitet werden, dass die in Artikel 10 Absatz 2 des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens erwähnten finanziellen Verpflichtungen als eine Übergangsmaßnahme betrachtet werden¹⁴.

¹³ Siehe Fußnote 2.

¹⁴ Dies sollte jedoch im Text besser zum Ausdruck kommen, indem dieser Übergangszeitraum definiert wird. Artikel 10 § 2 wird daher am besten in einen gesonderten Artikel aufgenommen (*Beginselen van de wetgevingstechniek - Handleiding voor het opstellen van wetgevende en reglementaire teksten*, Staatsrat, 2008, Empfehlungen 145 und 157, auf der Website des Staatsrats (www.raadvst-consetat.be) zu konsultieren (im Folgenden: Handbuch der

Unter Berücksichtigung des Obenstehenden kann angenommen werden, dass die Föderalbehörde im Hinblick auf das Inkrafttreten der Bestimmungen über den Experten und die Begleitteams für Sexualstraftäter für die Finanzierung der in Artikel 10 § 2 des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens erwähnten Aufgaben (d.h. die Einstellung und Ausbildung von Personal, das für die Begleitung und Behandlung von Sexualstraftätern benötigt wird, die Vorbereitung der Methodik für eine umfassende Diagnose und Behandlung und die Vorbereitung der Muster für die Gutachten sowie der Erwerb der benötigten Materialien) zuständig ist.

FORMVORSCHRIFTEN

8. Aus den dem Staatsrat vorgelegten Akten geht hervor, dass das Kollegium der Generalprokuratoren gebeten wurde, ein Gutachten über das entworfene Zusammenarbeitsabkommen abzugeben.

Sollte der dem Staatsrat vorgelegte Text infolge des o.a. eingeholten Gutachtens noch abgeändert werden ¹⁵, so sind die abgeänderten oder hinzugefügten Bestimmungen zwecks Einhaltung der Vorschrift von Artikel 3 § 1 Absatz 1 der Gesetze über den Staatsrat der Gesetzgebungsabteilung vorzulegen.

DIE GESETZES- UND DEKRETVORENTWÜRFE

UNTERSUCHUNG DES TEXTES

Titel

9. Im niederländischen Text des Titels des Gesetzesvorentwurfs ist das Wort „samenwerkingsakkoord“ zwischen den Wörtern „het“ und „tussen“ einzufügen und wird am besten „instemming met“ statt „goedkeuring van“ geschrieben.

Artikel 2

10. In Artikel 2 des Gesetzesvorentwurfs wird am besten „Instemming wordt verleend aan...“ statt „...wordt goedgekeurd“ geschrieben.

Im französischen Text müssen die Wörter „entre l’Etat fédéral“ nur einmal erwähnt werden.

Gesetzgebungstechnik)). Dies könnte z. B. in einem Artikel 9 geschehen, der in seiner jetzigen Form auszulassen ist (siehe Bemerkung 21).

¹⁵ Nämlich andere als die in diesem Gutachten erwähnten Abänderungen oder Abänderungen, die darauf abzielen, den in diesem Gutachten formulierten Bemerkungen gerecht zu werden.

DAS ZUSAMMENARBEITSABKOMMEN

ALLGEMEINE BEMERKUNG

11. In den Artikeln 3 Absatz 2 *in fine* und 6 Nr. 12 des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens wird bestimmt, dass die psychosozialen Teams bei der Bereitstellung eines Modells für die Datenerfassung zusammenarbeiten, bzw. dass die Justizassistenten ein Muster für die statistische Erfassung verwenden. Im o.a. Gutachten 75.409/VR hat der Staatsrat diesbezüglich Folgendes bemerkt:

„In een aantal bepalingen van het samenwerkingsakkoord worden de verschillende genoemde instanties verplicht mee te werken aan “een gegevensregistratiemodel”. Naar aanleiding van een vraag over die verplichting en of daarover achteraf nog een samenwerkingsakkoord zal worden gesloten, hebben de gemachtigden van de ministers de volgende uitleg gegeven:

‘Les données enregistrées seront anonymisées. Pour les opérateurs dépendant de la Région wallonne, il s’agit d’un enregistrement sécurisé dans le coffre-fort des données de santé de la plate-forme numérique des données de santé reconnue par le biais du décret du 16 octobre 2015 insérant certaines dispositions dans le Code wallon de l’Action sociale et de la Santé, relatives à la reconnaissance d’une plate-forme d’échange électronique des données de santé, publié au moniteur belge du 30 octobre 2015.

La plate-forme est tiers anonymisateur des données qu’elle met, ensuite, à la disposition de l’AVIQ, dans le respect des règles applicables en matière de RGPD.

Un accord de coopération d’exécution consacrera les modalités entre les entités.

L’AC d’exécution ne peut avoir de disposition à portée réglementaire, çàd qu’il doit se contenter de fixer des modalités d’exécution sans créer de nouveaux droits/obligations. Le noyau dur créateur de droit doit se trouver dans l’AC législatif.

Il est important d’avoir en tête les délais des derniers GW. Si l’AC d’exécution n’est même pas en cours de rédaction il va falloir mettre les bouchées double pour espérer une adoption avant la fin de la législature (dernier GW le 6/6/24 --- possibilité d’adopter encore jusqu’au 18/7 pour autant que la procédure ait été initié avant : exemple 1ère lecture fin avril)’.

De verplichting om mee te werken aan “een gegevensregistratiemodel” lijkt dus in feite te slaan op de invoering van een regeling voor de anonimisering van gegevens. Dat komt neer op een vorm van “passende waarborgen (...) voor de rechten en vrijheden van de betrokkene” waardoor de inachtneming van het beginsel van minimale gegevensverwerking kan worden gewaarborgd, zoals artikel 89 van de AVG voorschrijft.

Ten aanzien van de artikelen 5 en 89 van de AVG is het op zich niet problematisch dat de verschillende actoren, bedoeld in het samenwerkingsakkoord, de verwerkte gegevens aldus hergebruiken om ze door te geven aan een platform van een derde partij dat belast is met het anonimiseren van de gegevens, voordat deze worden doorgegeven met het oog op wetenschappelijk onderzoek (de evaluatie van het beleid kan worden beschouwd als een wetenschappelijk onderzoeksdoel). Los daarvan, valt dat hergebruik niet - althans niet duidelijk - uit het samenwerkingsakkoord af te leiden.

Het dispositief dient derhalve nauwkeuriger te worden gesteld zodat het nagestreefde doel duidelijk wordt verwoord.

Het is hoe dan ook niet gepast om in het dispositief uitdrukkelijk te verwijzen naar de memorie van toelichting.

Bovendien voorziet het voorliggende samenwerkingsakkoord niet dat een uitvoerend samenwerkingsakkoord zal worden gesloten om die anonimisering te regelen.

Het dispositief moet ook op dat punt worden aangevuld.“

Diese Bemerkung gilt *mutatis mutandis* ebenfalls für das entworfene Zusammenarbeitsabkommen.

UNTERSUCHUNG DES TEXTES

Artikel 1

12. Unter Berücksichtigung von Artikel 1 Nr. 4 des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens gibt es anscheinend nur ein Begleitem für Sexualstraftäter im deutschen Sprachgebiet. Die Beauftragten bestätigten, dass nur ein solches Team eingerichtet werden wird. Dennoch ist unter anderem in Artikel 5 von diesen Teams im Plural die Rede.

Die Bestimmungen des Zusammenarbeitsabkommens sind entsprechend zu verbessern.

13. Die Nrn. 10 bis 12 von Artikel 1 des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens sind zu den Nrn. 9 bis 11 umzunummerieren.

Artikel 3

14. In Artikel 3 Absatz 1 des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens wird bestimmt, dass die Aufgaben der psychosozialen Teams in deutscher Landessprache „durch ein Mitglied des psychosozialen Teams, in Delegation durch eine dritte Person oder in Abwesenheit derer durch einen Übersetzer“ wahrgenommen werden. Auf die Frage, was mit „in Delegation durch eine dritte Person“ gemeint wird, antworteten die Beauftragten Folgendes:

„In de praktijk is er altijd een lange wachttijd voordat men een beroep kunt doen op een vertaler. Het ontworpen samenwerkingsakkoord biedt daarom een praktische oplossing in termen van spraakverstaanbaarheid:

- Ofwel is er een lid van het psychosociale team dat Duits spreekt en de gedetineerde volgt;

- Ofwel er is geen lid en de gevangenisdirectie schakelt een derde partij in die Duits spreekt (zoals een sociale dienst, eventueel een gespecialiseerde psychiater of psycholoog die Duits spreekt);

- Als geen van beide aanwezig is, zorgt de gevangenisdirectie tenminste voor vertaling door een vertaler in te schakelen.“

Die Absicht der Verfasser des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens sollte deutlicher aus dem Text dieser Bestimmung hervorgehen.

Artikel 4

15. In Artikel 4 Nr. 2 des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens wird der Experte mit der Aufgabe betraut, den Begleiteams für Sexualstraftäter und den Justizassistenten „wissenschaftliche Informationen über den Betreffenden“ bereitzustellen¹⁶. Auf die Frage, was mit der Erläuterung „über den Betreffenden“ gemeint wird, antworteten die Beauftragten Folgendes:

„De actuele formulering maakt in feite niet duidelijk dat de betrokkene DSM'[s] als groep worden beoogd en niet als individuen. Er wordt dus gesproken over wetenschappelijke informatie zoals de beste behandelmethoden, therapeutische doelen, enz. voor DSM's in het algemeen.

Een kleine herformulering kan duidelijkheid scheppen.“.

Die Absicht der Verfasser des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens sollte deutlicher aus dem Text dieser Bestimmung hervorgehen.

16. Die Aufgaben des Experten in Artikel 4 Nr. 4 (Teilnahme an Konzertierungstreffen) und Nr. 6 (Zusammenstellung und Bereitstellung von Informationen) des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens entsprechen den von der Föderalbehörde zu finanzierenden Aufgaben der in Artikel 5 Absatz 1 Nrn. 2 und 6 erwähnten Begleiteams für Sexualstraftäter.

Es stellt sich die Frage nach dem Verhältnis zwischen dem Experten und den von der Föderalbehörde finanzierten Aufgaben oder Mitgliedern der Begleiteams für Sexualstraftäter, sowie ob es sich um dieselbe Person handeln kann. Im Gegensatz zu dem entworfenen neuen Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat, der Französischen Gemeinschaft und der Wallonischen Region werden die Aufgaben der Bereitstellung eines jährlichen Tätigkeitsberichtes und der Mitwirkung bei Informationsmaßnahmen nicht dem Experten aber den Begleiteams für Sexualstraftäter zugewiesen. Die Beauftragten erklärten diesbezüglich Folgendes:

„Zoals al beantwoord in vraag 1 en 2 zal de deskundige alleen taken van de federale overheid overnemen. De arbeidsrelatie tussen het BTZ en de deskundige wordt gedetailleerd vastgehouden in een contract. De deskundige zal een lid van de LVR ('Landschaftsverband Rheinland' – Regionale vereniging Rijnland) zijn, een duitse vereniging die onder andere psychiatrische diensten aanbiedt.

Omdat de deskundige niet in de Duitstalige Gemeenschap is gelokaliseerd en hij een contractuele partner van het BTZ is, moet het BTZ een jaarverslag opstellen.

¹⁶ Siehe jedoch über die Justizassistenten die Bemerkung 6.

Het opstellen van het jaarverslag en het meewerken aan informatieve acties zijn gener[iek]e taken die al onder de verantwoordelijkheid van de BTZ vallen. Een strikte scheiding van taken tussen het BTZ en de deskundige is altijd gegarandeerd.“

Artikel 5

17. In Artikel 5 Absätze 1 und 2 des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens wird ein Unterschied zwischen den Aufgaben gemacht, für die die Begleiteams für Sexualstraftäter von der Föderalbehörde bzw. von der Deutschsprachigen Gemeinschaft finanziert werden.

Um Erläuterung über das Verhältnis zwischen den von der Föderalbehörde oder der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu finanzierenden Aufgaben oder Mitgliedern des Begleiteams für Sexualstraftäter gebeten und auf die Fragen, ob es sich um verschiedene Personen oder verschiedene Aufgaben handelt und was mit einer „Erstellung einer Diagnose und Durchführung einer Behandlung“ in Artikel 5 Absatz 1 Nr. 4 gemeint wird, antworteten die Beauftragten Folgendes:

„De financiering is steeds gekoppeld aan de taken. De taken van de federale overheid zal een deskundige en het team voor opvolging van DSM's uitvoeren, met financiering van de federale overheid. De deskundige zal nooit een lid van het BTZ/team voor opvolging van DSM's zijn, omdat hij een externe deskundige is met zijn eigen, afzonderlijke taken.

De taken van de gemeenschap zal het BTZ uitvoeren, met financiering van de Duitstalige Gemeenschap. De deskundige zal deze taken niet uitvoeren.

Het aspect 'diagnostiek opstellen en een behandeling verwezenlijken' is in de context van het opstellen van adviezen. Alle andere taken buiten de adviezen zijn voor rekening van de Duitstalige Gemeenschap.“

Daraus geht hervor, dass es sich aufgrund von der Aufgabenverteilung um eine Mischfinanzierung der Begleiteams für Sexualstraftäter handelt. Wie oben erwähnt, gehört die Beratungsaufgabe jedoch zu den Aufgaben der Gemeinschaften, ebenso wie der Aspekt der Erstellung einer Diagnose und der Durchführung einer Behandlung diesbezüglich (Bemerkungen 5.2 und 5.3).

18. Auf die Frage, ob die Begleiteams für Sexualstraftäter bei der Durchführung der in Artikel 5 Absatz 2 Nr. 1 des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens erwähnten Aufgaben der Behandlung auf die als Anlage beigefügte Vereinbarung zurückgreifen müssen (und ob es gegebenenfalls nicht besser ist, dies im Text zu erwähnen, wobei auch auf diese Vereinbarung hingewiesen werden könnte, um den Betroffenen über die in Nr. 3 erwähnte Verpflichtung zur Berichterstattung und den Datenaustausch zu informieren), antworteten die Beauftragten, dass die Anlage erwähnt werden wird.

Artikel 7

19. In Artikel 7 Absatz 2 des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens wird bestimmt, dass der Begleitausschuss innerhalb von höchstens drei Monaten nach Erhalt „der in

Artikel 5 genannten Berichte“ einen Bericht für den Justizminister, den Minister für das Justizhaus und den Minister für Gesundheit verfasst. Die Beauftragten bestätigten, dass mit dem Begriff „Berichte“ nur der in Artikel 5 Absatz 1 Nr. 3 erwähnte jährliche Tätigkeitsbericht gemeint wird, und nicht die in Artikel 5 Absatz 2 Nr. 3 genannten Berichte über den Verlauf der psychologischen und sozialen Begleitung oder Behandlung.

Da in Artikel 5 nur ein jährlicher Tätigkeitsbericht erwähnt wird, der an sich bereits für die Minister, die das Zusammenarbeitsabkommen unterzeichnet haben, erstellt wird, wurden die Beauftragten über den Mehrwert eines zusätzlichen Berichtes des Begleitausschusses befragt. Die Antwort lautete wie folgt:

„De meerwaarde van het bijkomend verslag het begeleidingscomité ligt in het feit dat deze verslagen van alle gemeenschappen en gewesten worden verzameld om een gezamenlijk verslag te maken waarin de informatie van alle deelstaten overzichtelijk is geordend.“.

Die Absicht der Verfasser des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens sollte deutlicher aus dem Text dieser Bestimmung hervorgehen.

20. In Artikel 7 Absatz 3 des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens wird bestimmt, dass mindestens einmal im Jahr auf nationaler Ebene ein Treffen der verschiedenen Begleitausschüsse stattfindet, die im Rahmen der Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat und den anderen zuständigen Behörden eingerichtet wurden.

Die Beauftragten bestätigten, dass eine gleichartige Bestimmung in die Zusammenarbeitsabkommen mit den anderen relevanten föderierten Teilgebieten aufgenommen wurde¹⁷. Dies ist tatsächlich erforderlich, da ein Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat und der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Begleitausschüssen, die in Ausführung anderer Zusammenarbeitsabkommen eingerichtet werden, keine Verpflichtungen auferlegen kann.

Artikel 9

21. Unter Berücksichtigung der aus Artikel 92bis § 1 Absatz 2 des SGRI abgeleiteten Regel, in Verbindung mit Artikel 4 Absatz 2 des Gesetzes vom 31. Mai 1961 ‚über den Sprachengebrauch in Gesetzgebungsangelegenheiten, die Gestaltung, die Veröffentlichung und das Inkrafttreten von Gesetzes- und Verordnungstexten‘, sowie mit Artikel 56 des SGRI, der zufolge ein Zusammenarbeitsabkommen, das den Parlamenten zur Zustimmung vorgelegt wird, am zehnten Tag nach der Veröffentlichung des letzten Rechtsakts zur Zustimmung zum Abkommen im Belgischen Staatsblatt in Kraft tritt, ist es nicht erforderlich, dass das entworfenen Zusammenarbeitsabkommen eine besondere Bestimmung bezüglich dessen Inkrafttretens enthält,

¹⁷ Der entsprechende Artikel 7 Absatz 3 des entworfenen neuen Zusammenarbeitsabkommens zwischen dem Föderalstaat, der Französischen Gemeinschaft und der Wallonischen Region, wie er dem Staatsrat vorgelegt wurde, lautete trotzdem anders: „Dit comité geeft op eigen initiatief of op verzoek van een betrokken minister advies aan de betrokken ministers over de toepassing van het samenwerkingsakkoord. Indien het begeleidingscomité een advies formuleert aan een minister die betrokken is bij het samenwerkingsakkoord, verbindt het begeleidingscomité zich ertoe vooraf de Brusselse, Vlaamse en Duitstalige begeleidingscomités te raadplegen.“

es sei denn, dass die Parteien ein spezifisches Datum für das Inkrafttreten festlegen möchten, was im vorliegenden Fall (mit Ausnahme der in Artikel 10 § 3 des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens enthaltenen Bestimmungen über die Artikel 4 und 5) anscheinend nicht der Fall ist.

Folglich ist Artikel 9 auszulassen.

Artikel 10

22. Artikel 10 § 3 des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens sieht vor, dass die Artikel 4 und 5 „sobald die Bedingungen von § 1 erfüllt sind“¹⁸, spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Zusammenarbeitsabkommens in Kraft treten¹⁹.

Im Prinzip ist zu vermeiden, dass das Inkrafttreten einer Regelung von einem Ereignis abhängig gemacht wird²⁰. Das Inkrafttreten der betreffenden Artikel wird deshalb am besten einer ergänzenden Untersuchung unterworfen.

Schlussbemerkung

23. Im Hinblick auf die Übereinstimmung der Sprachen ist der Text des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens einer gründlichen Überprüfung zu unterziehen. So kann zum Beispiel auf Folgendes hingewiesen werden:

- Im deutschen und im französischen Text von Artikel 1 Nr. 1 ist von „der zuständigen Behörde“ bzw. „l'autorité compétente“ die Rede, während es sich im niederländischen Text um „de erkende overheid“ (was wahrscheinlich als eine „bevoegde overheid“ zu verstehen ist) handelt.
- Im niederländischen Text von Artikel 1 Nr. 3 fehlt die Präzisierung „met woonplaats in het Duitse taalgebied“.
- Im niederländischen Text von Artikel 1 Nr. 11 schreibe man „Duitstalige Gemeenschap“ statt „Franse Gemeenschap“.
- Im deutschen und im französischen Text von Artikel 2 ist von „im Verdacht steht“ bzw. „soupçonnés“ die Rede, während es sich im niederländischen Text um „van wie wordt vermoed“ (was wahrscheinlich als „die ervan verdacht wordt“ zu verstehen ist) handelt.
- Im niederländischen und im französischen Text von Artikel 2 Nr. 7 sollte der deutsche Satzteil „Überantwortung an das Strafvollstreckungsgericht“ mit „terbeschikkingstelling

¹⁸ In Artikel 10 § 1 des entworfenen Zusammenarbeitsabkommens wird übrigens auf ein „Begleiteteam“ hingewiesen, ohne dass ausgelegt wird, wer damit gemeint wird und was die Aufgaben dieses Teams sind. Dem ist abzuhelpen.

¹⁹ Siehe Bemerkung 23, *in fine*.

²⁰ Siehe Handbuch der Gesetzgebungstechnik, Empfehlung 152.3.

van de strafuitvoeringsrechtbank“ bzw. „la mise à la disposition du tribunal de l'application des peines“ übersetzt werden.

- Im deutschen und im französischen Text von Fußnote 1 zu Artikel 3 ist von „einer Reflexion über den Sachverhalt und eigene sowie externe Elemente, die zu dem Sachverhalt geführt haben“ bzw. „un travail de réflexion quant aux faits et aux éléments propres et externes liés à leur survenance“ die Rede, während es sich im niederländischen Text um „een denkoefening met betrekking tot de eigen en externe feiten en elementen die verband houden met het zich voordoen ervan“ (was wahrscheinlich als „een denkoefening met betrekking tot de feiten en de eigen en externe elementen die verband houden met het zich voordoen daarvan“ zu verstehen ist) handelt.
- Der deutsche Text von Artikel 3 enthält einen Absatz 4, der im niederländischen und im französischen Text fehlt.
- Der deutsche Text von Artikel 4 Nr. 3 enthält die Erwähnung „sowie Justizassistenten“, die im niederländischen und im französischen Text fehlt ²¹.
- Im deutschen und im französischen Text von Artikel 5 Absatz 1 Nr. 1 ist von „Zuständigkeiten“ bzw. „compétences“ die Rede, während es sich im niederländischen Text um „vaardigheden“ (was wahrscheinlich als „bevoegdheden“ zu verstehen ist) handelt.
- Im deutschen und im französischen Text von Artikel 5 Absatz 1 Nr. 1 ist von „einer zuständigen Behörde“ bzw. „une autorité compétente“ die Rede, während es sich im niederländischen Text um „een bevoegde autoriteit“ (was wahrscheinlich als „een bevoegde overheid“ zu verstehen ist) handelt.
- Im niederländischen und im französischen Text von Artikel 5 Absatz 1 Nr. 3 ist von „gespecialiseerde gezondheidsteams“ bzw. „équipes de santé spécialisées“ die Rede, während es sich im deutschen Text um „Begleiteams für Sexualstraftäter“ (wobei der deutsche Text korrekt zu sein scheint) handelt.
- Im deutschen und im französischen Text von Artikel 5 Absatz 2 Nr. 3, *in fine*, ist von „wird zur Verfügung ... gehalten“ und „kann ... werden“ bzw. „est tenu à la disposition“ und „peut être ... fait“ die Rede, während es sich im niederländischen Text um „wordt ter beschikking gesteld“ und „wordt“ (was wahrscheinlich als „wordt ter beschikking gehouden“ und „kan worden“ zu verstehen ist) handelt.
- Im deutschen und im französischen Text von Artikel 10 § 1 ist von dem „Begleitem“ bzw. „l'équipe de suivi“ (d. h. ein Teil der Bezeichnung des Begleiteams für Sexualstraftäter) die Rede, während es sich im niederländischen Text um das „opvolgingsteam“ (was wahrscheinlich als das „team voor de opvolging van DSM's“ zu verstehen ist) handelt.

²¹ Wie vorstehend dargelegt wurde, wird von den Beauftragten vorgeschlagen, diese Erwähnung auch im deutschen Text auszulassen.

- Im deutschen Text von Artikel 10 § 3 ist von dem „Inkrafttreten des Zusammenarbeitsabkommens“ die Rede, was deutlicher als die französischen und niederländischen Bezeichnungen „sa mise en vigueur“ bzw. „inwerkingtreding ervan“ ist.

DER GREFFIER

DER PRÄSIDENT

Eline YOSHIMI

Pierre LEFRANC

Das Gutachten wurde unter der Aufsicht von Ronny VERCRUYSEN, Erster Auditor, übersetzt.

Der Chefgreffier,

Gregory DELANNAY